

Wissenschaftler warnen: FPÖ bedroht Freiheit und Demokratie in Österreich!

Mehr als 1.000 Wissenschaftler warnen vor der Gefährdung demokratischer Werte in Österreich durch eine FPÖgeführte Regierung.

Österreich - Über 1.000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Österreich warnen eindringlich vor den Gefahren, die von einer möglichen FPÖ-geführten Regierung für den Wissenschaftsstandort Österreich ausgehen. In einem Offenen Brief fordern sie ein klares Bekenntnis zu demokratischen Werten, Menschenrechten sowie zur Freiheit von Forschung und Lehre. Sie befürchten, dass eine solche Regierung die Rechtsstaatlichkeit, Medienfreiheit und die Unabhängigkeit der Justiz gefährden könnte.

Sprachwissenschaftlerin Ruth Wodak äußert in diesem Zusammenhang, dass es bereits Bestrebungen gibt, eine "Germanisierung" der wissenschaftlichen Terminologie zu forcieren, was dem internationalen Renommee Österreichs stark schaden würde, wie oe24.at berichtet.

Bedrohung durch antidemokratische Tendenzen

Die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) in Deutschland unterstützt die österreichischen Wissenschaftler, indem sie die Bedeutung des demokratischen Rechtsstaats für die Hochschulen betont. "Freiheitliche Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind die unverrückbaren Säulen unseres Landes und seiner Institutionen", erklärt das HRK-Präsidium. Auch der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, Patrick Cramer,

hebt die Notwendigkeit einer offenen, vielfältigen Gesellschaft hervor, um internationale Talente anzuziehen. Diese internationalen Fachkräfte gelten als unverzichtbar für den Fortschritt in Wissenschaft und Wirtschaft, so dass mit Besorgnis auf die zunehmende Attraktivitätshürden in Deutschland geschaut wird, die durch den Einfluss der AfD entstehen könnten. Kai Gehring, Vorsitzender des Bundestagsforschungsausschusses, sieht hierin eine erhebliche Gefahr, da rassistische und völkisch-nationalistische Ideologien den Wissenschaftsstandort gefährden, wie forschung-undlehre.de berichtet.

Die klaren Aufrufe der Wissenschaftsvertreter zur Verteidigung der demokratischen Grundwerte richten sich an alle Akteure im politischen und gesellschaftlichen Bereich. Ein eindringlicher Appell, die Wissenschaftsfreiheit und Vielfalt zu schützen sowie gegen diskriminierende Tendenzen einzutreten, wird ausgesprochen, um das Vertrauen in die freiheitliche Demokratie und die Integration internationaler Talente zu stärken. Diese Entwicklungen sind nicht nur für Österreich, sondern auch für Deutschland von erheblicher Bedeutung, da sie das internationale Profil beider Länder in der Wissenschaft gefährden könnten.

Details	
Vorfall	Skandal
Ursache	Menschenrechtsverletzungen,
	Diskriminierung, Antidemokratische
	Tendenzen
Ort	Österreich
Quellen	• www.oe24.at
	 www.forschung-und-lehre.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at